

PRESSEMITTEILUNG

B-now scheitert mit zwei Transparenzanträgen im Schmittener Gemeindeparlament

Die Fraktion der b-now hatte in der vergangenen Woche im Schmittener Gemeindeparlament zwei Anträge zur Erhöhung der politischen Transparenz gestellt.

Im ersten Antrag ging es darum, dass sämtliche Kreditaufnahmen zukünftig immer vom gewählten Parlament vorab zu genehmigen sind.

Mit dem zweiten Antrag sollte die Hauptsatzung der Gemeinde Schmitten so geändert werden, dass auch die Veräußerung von Vermögensgegenständen mit einem Wert von über EUR 15.000 zunächst dem Gemeindeparlament zur Entscheidung vorzulegen sind.

Aktuelle Anwendungspunkte sind der Abschluss eines Rahmenkreditvertrages mit dem Land Hessen noch im Jahr 2015 sowie der kürzlich erfolgte Verkauf der sog. Ökopunkte an die Stadt Friedrichsdorf. Beide Maßnahmen geschahen ohne die Einbindung der gewählten Gemeindevertreter. In beiden Fällen handelte es sich um größere Summen – deutlich im 6-stelligen Bereich.

Beide Anträge der b-now Fraktion zur Erhöhung der politischen Transparenz wurden jedoch von der Mehrheit der großen Koalition von CDU und FWG abgelehnt. Die b-now Fraktion wird dennoch weiterhin für mehr politische Transparenz und mehr Mitbestimmung durch die demokratisch gewählten Gemeindevertreter kämpfen.

Christian Schreiter